



Sechs Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtags wurden am Mittwoch mit dem großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Landtagspräsident Dr. Wilhelm Lenz überreichte die Verdienstorden den Mitgliedern des Landtagspräsidiums Edith Langner (CDU), Else Warnke (SPD), Fritz Denks (SPD), Richard Fellmann (CDU) und den Abgeordneten Maria Hölter (CDU) und Heinrich Strathmann (SPD). Lenz würdigte dabei ihre Verdienste in der Landes- und Kommunalpolitik und in anderen Einrichtungen des öffentlichen Lebens.

Edith Langner (Siegen), MdL seit 1966, wurde auch für ihre Tätigkeit in der Vertriebenen-, Jugend- und Frauenarbeit geehrt. Else Warnke (Ennepetal), Landesfrauensekretärin des DGB-Landesbezirks NRW und seit 1968 im Landtag, hat sich besonders um die Arbeits- und Sozialpolitik sowie die Ernährungswirtschaft verdient gemacht. Fritz Denks (Mülheim/Ruhr) ist

seit 1966 Landtagsabgeordneter und war jahrelang Bürgermeister seiner Heimatstadt. Richard Fellmann (Euskirchen), bereits seit 1950 im Landtag und damit einer der „dienstältesten“ Abgeordneten, ist Präsident der Apothekerkammer Nordrhein und der Bundesapothekerkammer. Maria Hölter (Düsseldorf), MdL seit 1958, hat sich auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung und im Zentralkomitee der deutschen Katholiken einen Namen gemacht. Heinrich Strathmann (Essen), im Landtag seit 1962 und Fraktionsvorsitzender im Stadtrat, hat sich im Bereich der Arbeitsverwaltung als Kriegsbeschädigter vor allem der Fürsorge der Schwerbeschädigten angenommen.

Unser Bild zeigt von links: Heinrich Strathmann, Maria Hölter, Fritz Denks, Edith Langner, Dr. Wilhelm Lenz, Else Warnke und Richard Fellmann.
Foto: Tüßelmann

Fortsetzung von Seite 4

in dieser Situation abzuwiegen und zu den Tatsachen zu kommen“. Zu der Behauptung des CDU-Sprechers, „den Arbeitnehmern bleibe angeblich unter dem Strich nichts mehr in der Brieftasche“, erklärte der Finanzminister, das Institut für Wirtschaftsforschung (Hamburg) habe festgestellt, im Jahre 1973 habe der Realzuwachs der unselbständigen Einkommen im Durchschnitt zweieinhalb Prozent betragen. Wertz rügte wörtlich: „Daß der Sprecher einer konservativen Partei in diesem Landtag genau das Gegenteil behauptet, stellt ihn auf die Stufe mit unqualifizierten Agitatoren in bestimmten Betrieben.“

Die Lohnquote sei in den letzten zehn Jahren von rund 60 auf 70 Prozent angestiegen; daraus ergebe sich schon ein stärkeres Wachstum der Lohnsteuer und der Einkommensteuer. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung habe auf die Frage, ob man in der gegenwärtigen Konjunktursituation Steuersenkungen befürworten könne, geantwortet, in der gegenwärtigen Konjunkturphase würden Steuersenkungen die Inflation erneut schüren.“ Genau dies habe der Oppositionssprecher getan, als er für eine sofortige Steuersenkung plädierte. „Ich glaube, solche Fehlgriffe in der Argumentation richten diese Art von Agitation. Es kommt Ihnen nur darauf an, jede Art von Unmut durch Überzeichnung in Ihre parteipolitische Richtung umzufunktionieren“.

Innenminister Willi Weyer (F.D.P.) betonte, es gäbe niemanden im Landtag, der den Satz „Stabilität hat absolute Priorität!“ nicht unterstreiche. Nur vermisse er bei der Opposition die Konkretisierung der von ihr vorgetragenen These. Er sei bitter enttäuscht, wieder zu hören, daß die Opposition keine konkreten Vorschläge machen könne, weil sie den „Apparat nicht zur Verfügung habe, über den die Regierung verfügt“ und: „Es war keine Butter bei die Fische.“ Auf die Kritik der CDU an der Personalflut äußerte der Innenminister, die Opposition müsse schon detailliert sagen, welche öffentlichen Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden sollten, um die Personalvermehrung einzudämmen. Wer die Eindämmung der Personalflut fordere, aber zugleich große Gebiete der Verwaltung ausklammern wolle, behalte schließlich nichts mehr übrig. Den Anwurf, daß die Regierung nichts zum Einhalt der Personalvermehrung beitrage, bezeichnete Weyer als Demagogie.

Fortsetzung von Seite 5

in der Entwicklung des Kindes, die wahrscheinlich auch die Wurzeln seien für oftmaliges Versagen in der Schule oder in der Gesellschaft. Figgen wertete die eingebrachten Gesetzesentwürfe als einen „wesentlichen und geeigneten Schritt“ hin zu den Bestrebungen, dem Kind in der technisierten und zivilisierten Welt mehr Platz oder überhaupt erst einen Platz zum Spielen zu schaffen.

Nach dem derzeitigen Stand der Beratungen könne damit gerechnet werden, versicherte der Minister, daß die Empfehlungen noch im Laufe dieses Jahres verabschiedet werden können. Figgen zeigte sich zuversichtlich, daß diese Vorarbeiten der Landesregierung auch ihren Niederschlag bei der Beratung der Gesetzesentwürfe in den zuständigen Ausschüssen finden.

Figgen begrüßte die Absicht der SPD-Fraktion, die Verantwortung für die Planung von Kinderspielplätzen und Jugendämtern zu übertragen. Damit werde eine Voraussetzung dafür geschaffen, daß bei der Anlage und Planung neuer Spielplätze und der Umgestaltung bestehender Spielplätze pädagogische und psychologische Aspekte in weitaus größerem Umfang berücksichtigt werden können, als dies bisher der Fall gewesen sei. Es sei auch erfreulich, meinte der Minister, daß dieser Gesetzesentwurf eine enge Zusammenarbeit aller mit der Planung und Anlage von Kinderspielplätzen beauftragten Behörden und Stellen vorsieht. Nur so werde nämlich die Gewähr dafür gegeben, daß in Nordrhein-Westfalen künftig wirklich geeignete und den Bedürfnissen der Kinder gerecht werdende Anlagen gebaut werden.

Die Gesetzesentwürfe wurden mit großer Mehrheit an den Ausschuß für Jugend, Familie und politische Bildung, der die Federführung übernimmt, dem kommunalpolitischen Ausschuß sowie dem Ausschuß für Wohnungs- und Städtebau zur weiteren Beratung überwiesen. Den CDU-Antrag zur Spielplatzsituation überwies das Plenum an den Jugendausschuß. Auch einen weiteren Antrag der CDU-Fraktion zur Situation des Kindes überwiesen die Abgeordneten einstimmig an den Jugendausschuß.